

# BRIEF AUS BERLIN



Nr. 4 | 14. Januar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem folgenden Brief aus Berlin möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen der ersten Sitzungswoche im neuen Jahr aus dem Deutschen Bundestag vom **10. Januar bis 14. Januar 2022** geben.



## – Die Politische Lage in Deutschland –

### **Bundesregierung darf sich bei Corona nicht aus Verantwortung stehlen.**

**Die Bürgerinnen und Bürger des Landes, Beschäftigte und Betriebe im Gesundheits- und Pflegebereich, Schulen und Betriebe sind auf eine klare und verlässliche Strategie im Kampf gegen die Coronapandemie angewiesen.** Die Zeit zum entschlossenen Handeln ist jetzt und nicht erst in ein paar Wochen. Die Bundesregierung muss Antworten liefern, insbesondere auch Klarheit schaffen, was die Debatte um eine allgemeine Impfpflicht angeht. Aus diesem Grund haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Außerdem befinden wir uns in einem engen Austausch mit Sachverständigen. Zunächst erwarten wir tragfähige Vorschläge der Bundesregierung, wie die Impflücke geschlossen werden soll. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung schon gleich bei der ersten großen Entscheidung in der neuen Legislaturperiode unter pauschalem Verweis darauf, dass das eine Gewissensfrage der Abgeordneten sei, eine eigene Positionierung verweigert. Ich erwarte mir hier mehr Entschiedenheit und eine eindeutige Linie für unsere Bürgerinnen und Bürger.

### **Fragwürdige Kreditpolster beim Nachtragshaushalt.**

**Der Entwurf für den Nachtragshaushalt wirft mehr Fragen auf, als beantwortet werden.** Eines ist allerdings klar: Die Ampel-Koalition braucht Geld, sehr viel Geld - und zwar dringend. Es wurden zu viele Versprechungen gemacht, die sich nur mit zusätzlichen Schulden finanzieren lassen. Die Ampel-

Koalition will Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie nutzen, um sich ein komfortables Kreditpolster für die kommenden Jahre zu schaffen. Dieses Vorgehen ist aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfassungsrechtlich nicht haltbar. Wir behalten uns daher eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht vor. Die Frage, ob und wie sich der Bund mit zweistelligen Milliardenbeträgen verschuldet, ist für uns eine essentielle Frage und verbunden mit einer enormen Verantwortung. Ich sehe hier Generationengerechtigkeit und eine nachhaltige Haushaltspolitik in Gefahr.

### **Außenpolitisches Kompetenzgerangel schnell beenden.**

**Deutschland braucht eine starke außenpolitische Stimme.** Ausdrücklich erwarten meine Kolleginnen und Kollegen sowie ich selbst von der Bundesregierung, dass sie Deutschlands bisherige diplomatische Führungsrolle im Ukraine Konflikt unter Angela Merkel nicht verspielt. Es ist gut, dass Russland und die USA direkt miteinander sprechen. Eine Eskalation des Konflikts hätte schlimme Folgen insbesondere für die Menschen in der Ukraine. Aber auch für Europa wären die Folgen gravierend und ihrer Ausprägung nicht abschätzbar. Russland muss verstehen, dass eine Verletzung der ukrainischen Souveränität ernsthafte Folgen haben würde. Dafür braucht es eine klare Haltung gegenüber Russland, die mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern abgestimmt ist. Deutschland als außenpolitischer Partner wird seit vielen Jahren auf europäischer und internationaler Bühne für seine große Verbindlichkeit geschätzt. Die Bundesregierung und insbesondere die neue Außenministerin müssen sich dieser bedeutenden Rolle bewusst werden und in Bezug auf Russland unbedingt einen kühlen Kopf bewahren. Mir persönlich ist es ein großes Anliegen, dass wir uns gemeinsam mit unseren geschätzten internationalen und europäischen Partnern in dieser Hinsicht positionieren und zur Lösung dieser Problematik beitragen.

## **– Die Woche im Parlament –**

### **1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion**

#### **Verbundene Debatte zur Politik der Bundesregierung**

**Die Woche im Bundestag war wesentlich geprägt von der Verbundenen Debatte zur Politik der Bundesregierung.** Von Mittwoch bis Freitag mussten sich die zuständigen Minister und Ministerinnen der neuen Bundesregierung im Bundestag einer ausführlichen Debatte über ihre Pläne und Absichten stellen. Als konstruktive Opposition haben wir der linksgelben Regierung klare christdemokratische und christsoziale Positionen entgegengestellt und die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Koalitionsvertrages aufgezeigt. Im Einzelnen ging es dabei um die Themen Innen und Heimat; Sport; Recht; Ernährung und Landwirtschaft; Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Wirtschaft und Klimaschutz; Bildung und Forschung; Gesundheit; Arbeit und Soziales; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundeskanzleramt (Ostdeutschland, Integration und Kultur); Digitales und Verkehr; Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen; Finanzen und Haushalt; Außen, Europa und Menschenrechte; Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gehen. Ich nutzte in diesem Zuge die Möglichkeit meine erste Rede in der neuen Legislaturperiode zu halten. Als Vorsitzender der AG Sport und Ehrenamt war es mir ein sehr großes Anliegen der neuen Regierung bezüglich dieses Themenbereichs die Schwächen ihres Koalitionsvertrages aufzuzeigen. Zudem habe ich die Herausforderungen der nahen Zukunft im Bereich des Sportes unterstrichen. Die vergangene Legislaturperiode war wohl die erfolgreichste Zeit für den Breiten- und Spitzensport seit Bestehen der Bundesrepublik. Es ist mir außerordentlich wichtig, dass dieser erfolgreiche Kurs vorgesetzt wird, denn die

betroffenen Akteure, Profisportler, Amateursportler, ehrenamtlich Engagierte, Vereine und Trainerinnen und Trainer verdienen Planungssicherheit, Wertschätzung und Verlässlichkeit. Das Vorgehen der neuen Bundesregierung werde ich also genau beobachten und mich weiterhin an der Stelle einbringen.

#### **Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes.**

**Das Gremium ist das Herzstück der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes.** Gegenstand der Kontrolle sind der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Nach der Abstimmung über die Einsetzung werden die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Plenum gewählt.

#### **Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS)**

**Ebenfalls haben wir uns mit der Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS) befasst.** Ebenfalls unterstützen wir die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes, um die Stabilisierung im Irak zu sichern, ein Wiedererstarken des IS verhindern und Versöhnung in Irak zu fördern. Ziel des deutschen Engagements im Irak ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region, insbesondere des ehemaligen Kerngebiets des IS in Irak und Syrien, beizutragen. Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungsengagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern. Das Mandat soll bis zum 31. Oktober 2022 verlängert werden, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.

#### **Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung.**

**Zudem haben wir uns in dieser Woche mit der Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung befasst.** Diese regelt Ausnahmen für geimpfte, genesene und getestete Personen im Hinblick auf staatliche Covid-Schutzmaßnahmen. Aufgrund der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz vom 5. Januar 2022 sind Anpassungen an der Verordnung erforderlich geworden. Die Regelungen zum Quarantäneverbot für geimpfte Personen sowie dessen Ausnahmen werden angepasst, um negative Auswirkungen für die kritische Infrastruktur zu vermeiden. Zudem wird die Definition der Impfnachweise geändert, da diese Definition bisher keine Gültigkeitsdauer für Impfnachweise oder die Notwendigkeit der Aktualisierung des Immunschutzes durch Auffrischungsimpfungen vorsah. Die Verordnung der Bundesregierung auf der Grundlage von Paragraph 28c des Infektionsschutzgesetzes bedarf der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.

#### **Rote Ampel stimmt gegen Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung 2020.**

**Die Bewältigung des Alltagsgeschäfts stellt zusammen mit den coronabedingten Sonderbelastungen gerade kleine und mittlere Kanzleien vor kaum lösbare Probleme.** Zum Jahresende sind zudem die Corona-Hilfsprogramme bis zum 31. März 2022 verlängert worden. Auch hier gilt es erneut, Anträge zu stellen. Steuerberater müssen in diesem Sommer zusätzlich die Mammutaufgabe erledigen, die Grundsteuer-Feststellungserklärungen von insgesamt ca. 36 Millionen wirtschaftlichen Einheiten in einem 4-Monatszeitfenster einzureichen. Die Abgabefrist bis Ende Mai 2022 bewerten ich und meine Kollegen und Kolleginnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht ausreichend. Die Forderung der Union war daher, die Fristen für die Abgabe von Steuererklärungen für den Besteuerungszeitraum

2020 um weitere drei Monate in beratenen Fällen bis zum 31. August 2022 und bei Land- und Forstwirten bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern. Dafür habe ich mich auch in meiner Funktion als ordentliches Mitglied des Rechtssausschusses im Deutschen Bundestag eingesetzt. Die rote Ampel hat gegen den Vorschlag der CDU/CSU-Bundestag gestimmt und sich damit gegen eine Fristverlängerung und eine deutliche Entlastung für die steuerberatenden Berufe entschieden.

## – Daten und Fakten –

### 100 Jahre Afrikanischer Nationalkongress (ANC).

**100 Jahre Afrikanischer Nationalkongress (ANC).** Südafrika begeht ein Jahrhundert-Jubiläum: Am 8. Januar 2022 wurde der ANC 100 Jahre alt. Aus einer Bürgerrechtsbewegung mit bewaffnetem Flügel wurde eine demokratische Regierungspartei, die maßgeblich dazu beitrug, das Apartheidsregime in Südafrika zu beseitigen. Am 8. Januar 1912 wurde die ANC-Vorläuferorganisation South African Native National Congress (SANNC) gegründet. Sie war die Interessensvertretung der nicht-weißen Bevölkerung in Südafrika und forderte die vollen Bürgerrechte für alle im Land. Bei den ersten freien Wahlen 1994 erreichte der ANC mit 62,6 Prozent die absolute Mehrheit und Nelson Mandela wurde zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt. Nach inzwischen mehr als 25 Jahren an der Regierung steht die Organisation jedoch auch in der Kritik: Bürokratie, Machtmissbrauch und Gewalt sorgen in Südafrika für Unzufriedenheit. (*Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung*)

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de). Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Stephan Mayer

---

#### Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-74932  
Fax: 030-227-76781

E-Mail: [stephan.mayer@bundestag.de](mailto:stephan.mayer@bundestag.de)  
Web: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de)